

BStGer BB.2013.91 vom 25. Juli 2013

Bundesstrafgericht, 2013-07-25, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bstger_BB.2013.91

FR: TPF BB.2013.91 du 25 juillet 2013

IT: TPF BB.2013.91 del 25 luglio 2013

Regeste

Verfahrenshandlung der Bundesanwaltschaft (Art. 20 Abs. 1 lit. b i.V.m. Art. 393 Abs. 1 lit. a StPO).

Erwägungen

E. 28

Juni 2013) Beschwerde (act. 1). Darin beantragt er die Rückerstattung der beschlagnahmten Fr. 200.-- und den Erlass der verbleibenden Verfahrenskosten über Fr. 300.--.

Die BA nahm am 4. Juli 2013 Stellung zur Rechtskraft des Strafbefehls vom 5. Dezember 2012 und verwies im Übrigen auf den angefochtenen Entscheid (act. 3). A. reichte innert angesetzter Frist keine Replik ein (act. 4 bezüglich der Frist).

Auf die Ausführungen der Parteien und die eingereichten Akten wird, soweit erforderlich, in den nachfolgenden rechtlichen Erwägungen Bezug genommen.

- 3 -

Der Einzelrichter zieht in Erwägung:

1.

1.1 Gegen Verfügungen und Verfahrenshandlungen der Bundesanwaltschaft kann bei der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts Beschwerde nach den Vorschriften der Art. 393 ff. StPO erhoben werden (Art. 393 Abs. 1 lit. a StPO i.V.m. Art. 37 Abs. 1 StBOG und Art. 19 Abs. 1 des Organisationsreglements vom 31. August 2010 für das Bundesstrafgericht [Organisationsreglement BStGer, BStGerOR; SR 173.713.161]). Die Beschwerdefrist beträgt 10 Tage (Art. 396 Abs. 1 StPO).

1.2 Der Beschwerdeführer verlangt die beschlagnahmten, eingezogenen und zur teilweisen Deckung der Verfahrenskosten (so Dispositiv Ziffer 8 des Strafbefehls, act. 3.18) verwendeten Fr. 200.-- zurück. Die im Strafbefehl verwendete Formulierung ist insoweit unglücklich, als das Gesetz den Ausdruck Einziehung nicht für die Deckung der Verfahrenskosten verwendet. Eingezogen werden deliktische Werte, die gerade nicht zur Deckung der Verfahrenskosten herangezogen werden dürfen. Entsprechend ist bei beschlagnahmten Werten letztlich zu entscheiden, ob sie zurückgegeben, zur Deckung der Verfahrenskosten zu verwenden oder einzuziehen sind (Art. 267 Abs. 3 StPO).

1.3 Ausschlaggebend ist aber, dass der Beschwerdeführer den Strafbefehl am 18. Dezember 2012 erhielt (act. 3.19) und daher seine Beschwerde vom 25. Juni 2013, soweit sie sich gegen den Strafbefehl richtet, eindeutig verspätet ist. Auf eine verspätete Beschwerde ist nicht einzutreten. Dies bedeutet, dass das Gericht die Kostendeckungsfrage nicht weiter prüfen wird.

1.4 Auf die ansonsten form- und fristgemäss eingereichte Beschwerde ist ein- zutreten.

2. Ist die Beschwerdeinstanz ein Kollegialgericht, so beurteilt deren Verfah- rensleitung die Beschwerde allein, wenn es um die wirtschaftlichen Neben- folgen eines Entscheides bei einem strittigen Betrag von nicht mehr als Fr. 5'000.-- geht (Art. 395 lit. b StPO, Art. 38 StBOG, Art. 19 Abs. 3 BStGerOR). Fragen rund um die Bezahlung von bereits festgesetzten Verfahrenskosten sind Teil der Nebenfolgen des Entscheids. Auch der Streitwert bleibt vorlie- gend unter der gesetzlichen Grenze von Fr. 5'000.--. Die Beschwerde ist daher durch den Einzelrichter zu beurteilen (vgl. die Verfügungen des Bun-

- 4 -

desstrafgerichts BB.2012.37 vom 10. August 2012, E. 2; BB.2012.64 vom

E. 30

Juli 2012, E. 1.1).

3.

3.1 Der Beschwerdeführer begründet seine Anträge damit, nicht arbeitsfähig zu sein und am Existenzminimum zu leben (act. 1, act. 1.1 Arztzeugnis vom 17. Mai 2013; act. 1.2 Beschluss der Sozialhilfekommission der Stadt Schaffhausen vom 13. Februar 2013). 3.2 Gemäss Art. 425 StPO (Stundung und Erlass) können Forderungen aus Verfahrenskosten von der Strafbehörde gestundet oder unter Berücksichti- gung der wirtschaftlichen Verhältnisse der kostenpflichtigen Person herab- gesetzt oder erlassen werden (dazu Urteil des Bundesge- richts 6B.403/2012 vom 27. Juli 2012, E. 2; DOMEISEN, Basler Kommentar, Basel 2011, Art. 425 N. 1-6). 3.3 Der Beschwerdeführer belegt, finanziell am Existenzminimum zu leben. Die Stundung bis 31. Dezember 2013 trägt dem Rechnung. Die Stundung kann jederzeit verlängert werden, sofern der Beschwerdeführer seine andauern- de Bedürftigkeit belegen kann. Gerade während der Probezeit ist es ver- ständlich, dass die BA die Verfahrenskosten – wenn überhaupt – nur zu- rückhaltend erlässt. Die Entscheidung der BA ist verhältnismässig und liegt innerhalb ihres Ermessenspielraums.

4. Die Rüge erweist sich als nicht zutreffend. Soweit auf die Beschwerde ein- zutreten ist, ist sie deshalb abzuweisen.

5. Es sind keine Gerichtsgebühren zu erheben (Art. 425 StPO; DOMEISEN, a.a.O., Art. 425 N. 3).

- 5 -

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.